

Agenda 2030 – Für einen neuen Aufbruch Ost

Die Ostdeutschen haben seit der Deutschen Einheit mit einer gewaltigen Kraftanstrengung aus den Hinterlassenschaften der sozialistischen Planwirtschaft ein leistungsfähiges Gemeinwesen geschaffen. Nicht zuletzt die Weichenstellungen von unionsgeführten Bundesregierungen in den letzten 35 Jahren haben dazu beigetragen, dass die Vision von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl von „blühenden Landschaften“ in Ostdeutschland in vielen Lebensbereichen Wirklichkeit geworden ist. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West sind auch dank der innerdeutschen Solidarität in weiten Teilen Wirklichkeit geworden.

Ostdeutsche Regionen stehen aktuell vor einer doppelten Herausforderung: Neben bestehenden Strukturschwächen müssen sie die Transformationsanforderungen des europäischen Grünen Deals und der Digitalisierung bewältigen. Zusätzlich verschärft eine ungünstige demografische Entwicklung die Probleme. Dies erfordert erhöhte Investitionen und Innovationen, um Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel sowie eine drohende Schwächung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu verhindern.

Entscheidend für die weitere Entwicklung sind weltweit wettbewerbsfähige Arbeitsplätze mit guten Löhnen in Ostdeutschland. Nur so können wir die weitere Abwanderung von Leistungsträgern stoppen, umkehren und den Innovationspfad in Ostdeutschland fortsetzen. Die nachfolgenden Punkte orientieren sich an diesem Ziel.

1. Cluster- und Innovationsstandort stärken

Wir werden die Technologie- und Wissenschaftsförderung in den ostdeutschen Ländern gezielt erhöhen. Die Stärkung der erfolgreich etablierten Netzwerke durch eine Verzahnung mit der Regionalförderung ist der richtige Weg. Erfolgreiche ostdeutsche Beispiele hierfür sind das Halbleiter-Ökosystem in Sachsen, die Chemieregion Mitteldeutschland, die Optoregion Thüringen, Biotechnologie in Mecklenburg-Vorpommern oder das Luftfahrtcluster in Brandenburg.

2. Mehr Wachstum und mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik der Ampel ist gescheitert und hat zu einer Rezession geführt, von der die ostdeutschen Länder besonders betroffen sind. Es war glasklar ein Irrweg, ohne einen klaren industriepolitischen Kompass durch Subventionen und staatliche Eingriffe Wachstum generieren zu wollen. Stattdessen braucht es eine wachstumsfreundliche Agenda und gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft.

Bekanntnis zum Kohleausstieg 2038 und verlässliche Energieversorgung

Wir bekennen uns zum Ausstiegsdatum aus der Kohleverstromung im Jahr 2038. Wir führen den eingeleiteten Strukturwandel in den ostdeutschen Ländern gezielt fort. Wir werden im Rahmen der Kraftwerksstrategie die Versorgungssicherheit in den ostdeutschen Ländern absichern. Wir setzen auf eine technologieoffene Energiepolitik, die neben der Versorgungssicherheit auch die Bezahlbarkeit von Energie gewährleistet. Die Verfügbarkeit, Bezahlbarkeit und Planbarkeit der Energieversorgung, auch mit erneuerbarer Energie vor Ort, sind in der Wirtschaft

entscheidende Standortfaktoren. Dazu werden wir Reservekraftwerke gleichmäßig über das Bundesgebiet verteilen und dabei an vorhandene Infrastrukturen, wie Gasleitungen oder Stromnetze an den bisherigen Standorten der Braunkohleverstromung, in den ostdeutschen Ländern anknüpfen. Die ostdeutschen Städte und Industriestandorte werden an das Wasserstoffkernnetz angeschlossen.

Planungssicherheit für energieintensive Industriebereiche

Die Transformationsprozesse zur CO₂-Reduzierung müssen so gestaltet werden, dass Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Industriestandorte auch in Zukunft erhalten bleiben. Dies gilt insbesondere für die energieintensiven Industriebranchen wie der Stahl- oder chemischen Industrie. Zudem muss der infrastrukturelle Umbau der Raffinerien in Schwedt und Leuna sowie deren Versorgungswege unterstützt werden. Neben einem klaren Fahrplan verlangen die Unternehmen zu Recht nach sicheren Rahmenbedingungen und der Einhaltung der getroffenen Zusagen.

KMU Schwelle anheben

Damit auch ostdeutsche Unternehmen gute Rahmenbedingungen für individuelles Wachstum vorfinden, fordern wir die EU-Kommission auf, die KMU-Grenze von 250 Beschäftigten anzuheben. Viele ostdeutsche Unternehmen, die nach 1990 gegründet wurden, sind heute an dieser gläsernen Decke angekommen. Die Anhebung dieser Schwelle ist ein geeignetes, wichtiges und vor allem rasch wirkendes Instrumentarium, das ohne großen Aufwand einen starken Entwicklungsschub für die gesamte ostdeutsche Wirtschaft auslösen kann. Der starke Fokus auf Firmengründungen wird so um die Ermöglichung des Wachstums von Firmen erweitert, denn unser Ziel sind ostdeutsche Groß- und DAX-Unternehmen.

Konzentration der Förderziele der Europäischen Union

Unternehmen, die EU-rechtlich genehmigte Förderung oder Ausnahmetatbestände in Anspruch nehmen, tun dies, um ihre Investition in die Transformation zu ermöglichen oder bereits bestehende Wettbewerbsnachteile auszugleichen. Dafür benötigen sie alle verfügbaren Mittel. Ökologische Gegenleistungen belasten diese Ziele und sind eine zusätzliche Kostenlast für Unternehmen, die sinnvolle Transformationsinvestitionen konterkarieren. Auch das Beihilferecht muss sich darauf konzentrieren, Wettbewerbsverzerrungen zu bekämpfen. Ökologische Ziele können an anderer Stelle wirksamer erreicht werden.

Forschungstransfer und Innovative Gründungen stärken

Ostdeutschland braucht mehr als jede andere Region Gründer, die ein eigenes Unternehmen aufbauen. Pilothaft mit dem Ziel, es bei einer erfolgreichen Einführung auf ganz Deutschland auszurollen, wollen wir ein Gründer-Bafög einführen und mit diesem unbürokratischen und persönlichen finanziellen Zuschuss innovativen Neueinsteigern den Weg in die Selbstständigkeit erleichtern. Weiter wollen wir Gründer in den ersten drei Jahren von allen Berichts- und Dokumentationspflichten freistellen. Zudem werden wir die Fördermöglichkeiten für KMUs ausbauen und die Antrags- und Genehmigungsverfahren vereinfachen.

Bürokratiearme Ermöglichungsräume schaffen

Wirtschaftlich sehr starken Zentren wie Mailand, Hamburg oder Barcelona stehen strukturschwache Regionen in Europa gegenüber. Auf diese Vielfalt muss auch die Regulierung reagieren. Wirtschaftlich schwächere Regionen sollten mehr Spielräume bekommen als wirtschaftsstarke Regionen. Auch bei Genehmigungsverfahren kann differenziert werden und so Anreize für Unternehmensansiedlungen geschaffen werden, wo dies besonders dringlich ist. Schnellere Genehmigungen, Abweichungsmöglichkeiten und eine differenzierte Förderung sind die Antworten, um ökonomische Ungleichheiten abzubauen.

European Chip Act mit Leben erfüllen

Wir wollen die Erfolgsgeschichte der ostdeutschen Länder mit der Schaffung des einzig wirklich sichtbaren Halbleiterökosystems Europas fortschreiben, auch um die deutsche und europäische Industrie im globalen Wettbewerb zu schützen und ihr Wachstumspotential in der digitalen Welt zu sichern. Europa und Deutschland müssen technologisch souverän bleiben, daher sind Investitionen in bereits bestehende oder geplante Standorte notwendig. Wir erkennen die besonderen globalen Wettbewerbsbedingungen in der Halbleiter- und Elektronikbranche an. Wir werden deshalb den European Chip Act weiterführen. Die damit verbundene Förderung ist im weltweiten Wettbewerb von Bedeutung und es ist Aufgabe des Bundes, mit der Umsetzung des ECA und anderer IPCEIs bestehende Wettbewerbsverzerrungen auszugleichen. Nur so kann Chancengleichheit gegenüber den Konkurrenten in USA und Asien hergestellt werden. Die ostdeutschen Länder können sich hier auf ein starkes Engagement des Bundes unter CDU-Führung verlassen.

3. Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft stärken

Die Landwirtschaft hat für die ostdeutschen Bundesländer eine besondere Bedeutung. Sie ist eine Säule der Wirtschaft, sichert die Ernährung und ist in strukturschwachen Regionen ein Garant für Arbeitsplätze. Die Agrarstruktur ist in den ostdeutschen Ländern von größeren Betriebseinheiten geprägt. Dies erfordert andere Steuer- und Förderinstrumente als eine kleinstrukturierte Landwirtschaft. Die neue Gemeinsame europäische Agrarpolitik (GAP) muss dies in den Blick nehmen und einfacher, transparenter und unbürokratischer werden. In der laufenden Förderperiode dürfen keine weiteren bürokratischen Hemmnisse aufgebaut werden. Und für die neue Förderperiode ab 2028 müssen wir zu einem deutlichen Abbau der Bürokratie und starren Förderregularien kommen. Insbesondere darf es zu keiner Diskussion „klein gegen groß“ kommen. Jeder Hektar ist gleich viel wert und die Umsetzung der GAP-Ziele wichtig.

Wir führen die Agrardiesellentlastung wieder ein und sorgen dafür, dass die ostdeutsche Landwirtschaft durch Planungssicherheit und Bürokratieabbau ihre Wettbewerbsfähigkeit im Binnenmarkt behält. Wir unterstützen die Diversifizierung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe durch Direktvermarktung und die Bereitstellung erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe.

Der Wolf ist in den ostdeutschen Bundesländern zu einer echten Belastung für die Weidetierhaltung geworden. Aus dieser besonderen Betroffenheit heraus werden wir im Einklang mit den europarechtlichen Regelungen ein effektives Wolfsmanagement etablieren, das eine aktive Bestandsregulierung ermöglicht.

4. Verkehrsachsen ausbauen

Grenzüberschreitende Verkehrsachsen ausbauen

Unser Ziel ist eine vergleichbare Anbindung der ostdeutschen Länder mit unseren Nachbarn Polen und Tschechien über Straßen und Schienen wie mit Frankreich und den Benelux-Staaten. Dafür wollen wir in den ersten Monaten nach Amtsantritt der neuen Bundesregierung eine Vereinbarung mit Polen und Tschechien auf den Weg bringen, um das Straßen- und Schienennetz zu den ost- und mitteleuropäischen Nachbarn zügig auszubauen. Den Ausbau des Straßen- und Schienennetzes, die Anbindung der ostdeutschen Landeshauptstädte an das deutsche Hochgeschwindigkeitsschienennetz und die Hafenhinterlandanbindungen der ostdeutschen Ostseehäfen wird der Bund außerhalb des Bundesverkehrswegeplans eigenständig realisieren. Zudem setzen wir uns für eine auskömmliche Finanzierung des Seehafenfinanzierungsgesetzes ein.

Schienerverkehr stärken

Wir streben eine Wiederinbetriebnahme stillgelegter Strecken für den Güter- und Personenverkehr an. Eine Reaktivierung muss im Vergleich mit anderen öffentlichen Verkehrsmitteln und unter Berücksichtigung von volks- und betriebswirtschaftlichen Aspekten tragfähig sein oder die Mobilität entscheidend fördern. Mit der Erhöhung der dafür notwendigen Regionalisierungsmittel werden wir den Ländern diese Projekte ermöglichen.

Fernverkehrsnetz ausbauen

Der Fernverkehr ist für die weitere positive Entwicklung Ostdeutschlands essenziell und muss erhalten und ausgebaut werden. Groß- und Mittelstädte müssen untereinander vernetzt und mit den Ballungsräumen verbunden werden. Hierfür wollen wir eine zwischen Bund, Ländern und der DB AG abgestimmte Planung, über Fernverkehrsknoten und -linien auf den Weg bringen, um Ostdeutschland wieder besser in das Fernverkehrsnetz der DB einzubinden.

Wettbewerbsnachteile im Flugverkehr beseitigen

Die ostdeutschen Länder sind besonders von den Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der deutschen Luftfahrtindustrie betroffen. Polen und Tschechien verfügen über leistungsfähige Großflughäfen und profitieren von erheblichen Kostenvorteilen bei den Gebühren, Steuern und sonstigen Tarifen. Für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland insgesamt aber auch insbesondere für den Luftfahrtstandort Ostdeutschland werden wir die Kostennachteile im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn zu Beginn der Legislatur aufheben und hier wieder bessere Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU schaffen. Wir stärken darüber hinaus den Luftverkehr in den östlichen Bundesländern durch zusätzliche Start- und

Landrechte für die großen Luftdrehkreuze sowohl für den interkontinentalen Passagierverkehr als auch für den Frachtverkehr.

5. EU-Förderung ab 2028

In Vorbereitung der Förderperiode ab 2028 setzen wir auf einen kohärenten Politikansatz, der weiterhin alle Regionen in der EU auf Basis flexibler und breiter Einsatzmöglichkeiten fördert und eine optimale Mittelausstattung und attraktive EU-Beteiligungssätze sicherstellt. Wir wollen den regionalen bzw. ortsbezogenen Ansatz, das Mehrebenensystem, die geteilte Mittelverwaltung sowie das Partnerschaftsprinzip auch in Zukunft beibehalten. Auch sollte Bezug auf die spezifischen Unterstützungsbedarfe der ostdeutschen Regionen genommen werden.

Im Rahmen der Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen muss die Finanzierung des ländlichen Raums eine hohe Priorität haben. Die ländlichen Räume brauchen eine Unterstützung, die unabhängig von der landwirtschaftlichen Förderung auf eigenen Füßen steht. Der LEADER-Ansatz, der die Verantwortung über den Mitteleinsatz an die Regionen überträgt, darf nicht infrage gestellt werden.

Wir setzen uns auf europäischer Ebene zudem für die Aufrechterhaltung der Unterstützungsmöglichkeiten für die grenznahen Regionen und eine auskömmliche Mittelausstattung der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (Interreg). Der Mehrwert der Europäischen Union wird in der transnationalen Zusammenarbeit besonders gut sichtbar.

6. Net Zero Industry Act zügig umsetzen

Mit dem „Net Zero Industry Act“ wurde ein Ansatz geschaffen, um Industrien, die einen Beitrag zur Klimaneutralität liefern, zu stärken. Jetzt müssen wir schnell die Voraussetzungen für eine Umsetzung schaffen. Wir werden uns für finanzielle Unterstützung der EU für die Net Zero Valleys und die Reduzierung und Entschlackung von EU-Regelungen für die Ansiedlung und Genehmigung stark machen.

7. Lebensleistung Ostdeutscher anerkennen, Perspektiven verbessern

Die Union würdigt die Lebensleistung der Ostdeutschen, die seit der Wiedervereinigung mit bemerkenswerter Kraft und Entschlossenheit den Transformationsprozess bewältigt und die Hauptlast bei der Überwindung der Folgen der sozialistischen Planwirtschaft getragen haben, in besonderer Weise. Die Menschen haben das Land neu aufgebaut und hinterlassen künftig ihren Kindern und Enkeln eine leistungsfähige Infrastruktur und gute Lebensperspektiven. Auch um diese Aufbauleistung anzuerkennen, ist es uns von besonders wichtig, Ostdeutsche mit gebrochenen Erwerbsbiografien bei der Pflege im Alter besonders zu unterstützen.

Der Bund ist gefordert, seine originäre Zuständigkeit beim Thema Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) zu erkennen und für einen gerechten Ausgleich zu sorgen. Wir stehen deshalb für die vollständige Übernahme der AAÜG-Lasten durch den Bund. Dabei sind neben den Zusatz- auch die Sonderversorgungssysteme mit einzubeziehen

Ostdeutsche müssen in Führungspositionen angemessen vertreten sein. Dies ist eine Generationenaufgabe, die bisher unzureichend umgesetzt ist. Selbst gegenwärtig sind Studierende aus den ostdeutschen Bundesländern bei den Stipendien der Begabtenförderungswerke unterrepräsentiert. Wir werden Maßnahmen ergreifen, um diesen Anteil zu erhöhen. Langfristig trägt dies auch zu einer deutlichen Steigerung der Zahl Ostdeutscher in Führungspositionen bei.

8. Stärkung der Deutsch-Polnischen und Deutsch-Tschechischen Zusammenarbeit

Mit dem Ziel, das Weimarer Dreieck wiederzubeleben, betonen wir den Wunsch nach einer besonderen Zusammenarbeit von Deutschland, Frankreich und Polen. Diese Zusammenarbeit muss sich auch in der Gleichwertigkeit der Finanzierung des Deutsch-Französischen sowie des Deutsch-Polnischen Jugendwerks widerspiegeln.

Unter CDU-Führung wird der Bund gemeinsam mit den Bundesländern die Förderung des Erlernens der polnischen und tschechischen Sprache – als Fremd- und Muttersprache - in Deutschland weiterentwickeln. Das beinhaltet eine institutionalisierte Förderung des schulischen- und außerschulischen Polnischunterrichts.

Die grenzüberschreitende Kooperation und Fördermaßnahmen der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung (DPWS), die den Austausch deutscher und polnischer Wissenschaftler aus den Geistes-, Sozial-, Kultur-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften ermöglicht, wollen wir auf die Disziplinen der Naturwissenschaften und der Medizin ausweiten. Der Bund wird die Internationale Wissenschaftskonferenz, die Kern der deutsch-tschechischen Wissenschaftskooperation ist, aus eigenen Mitteln fördern.

9. Gemeinsames Erinnern

Die Mittel für die DDR-Forschung müssen nach dem Laufzeitende im Herbst 2025 lückenlos in mindestens gleicher Höhe wie in der zweiten Förderphase zur Verfügung stehen. Gedenkstätten, die sich mit DDR-Unrecht beschäftigen, sind eine gesamtdeutsche Aufgabe, an der sich der Bund unter CDU-Führung durch Finanzierung in angemessenem Umfang beteiligen wird, um die Erinnerung der deutsch-deutschen Teilung aufrecht zu erhalten.

Wir sehen das Freiheits- und Einheitsdenkmal und das Zukunftszentrum Deutsche Einheit und europäische Integration als gesamtdeutsche Projekte. Wir wollen die Errichtung des Freiheits- und Einheitsdenkmals in Leipzig ermöglichen und damit den Mut und die Leistungen der Ostdeutschen für das Gelingen der Wiedervereinigung würdigen. Der Bund wird die Errichtung des Denkmals finanzieren. Wir werden darauf achten, dass der gemeinsame Blick auf die historischen Geschehnisse um die friedliche Revolution und die Deutsche Einheit authentisch auch bei der Arbeit des neuen Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und europäische Integration gewahrt bleibt. Flankierend soll das Menschenrechtszentrum in Cottbus als etablierter Gedenk- und Lernort für die Erinnerung an das DDR-Unrecht sowie die politische Bildungsarbeit weiterentwickelt werden.

10. Sport

Wir wollen die Olympischen Spiele im Jahr 2040 in Deutschland und sie im Hinblick auf das 50. Jubiläum der deutschen Wiedervereinigung zu einem Fest der Einheit und des Friedens machen. Dazu werden wir Ostdeutschland zum zentralen Austragungsort der Sommerspiele machen.

11. Verteidigung

Der Ausbau der ostdeutschen Bundeswehrstandorte zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit wird weiter vorangetrieben. Zudem wollen wir gezielte Investitionen in die wehrtechnische Industrie in den ostdeutschen Ländern fördern und unterstützen und sehen die ostdeutschen Länder aufgrund der Forschungsstärke ihrer Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen bei Investitionen in die Digitalisierung der Verteidigungsindustrie als Schwerpunktregionen. Entsprechende Kooperationen zwischen Wissenschaft, Forschung und Industrie einschließlich Neuansiedlungen werden wir gezielt unterstützen. Insbesondere wird das Systemzentrum Heer in den ostdeutschen Ländern angesiedelt.

12. Flächendeckende medizinische Versorgung sicherstellen

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes verlassen sich auf eine flächendeckende und hochwertige medizinische Versorgung. Doch zunehmende Wartezeiten, klamme Kassen und Personalmangel werfen die Frage nach der Zukunft und Gleichwertigkeit der medizinischen Versorgung auf, die sich in den ostdeutschen Ländern aufgrund der hier bereits stärkeren Ausprägung des demografischen Wandels sowie der dominierenden ländlichen Räume im besonderen Maße stellt. Daher müssen wir die Verantwortung für die Gesundheit der Bürger ernsthaft wahrnehmen und die personellen und finanziellen Ressourcen des Gesundheitssystems besser verwalten.

Personalmangel im Gesundheitswesen abbauen

Wir wollen dem Personalmangel im Gesundheitswesen entgegenzutreten. Dabei soll zählen: Patientenzeit vor Schreiarbeit. Bürokratischen Vorgaben und Dokumentationspflichten dürfen nicht der Grund sein, warum Patienten länger auf ihren Arzt warten müssen. Außerdem werden wir die Zahl der verfügbaren Studienplätze in Mangelberufen wie Human- und Zahnmedizin deutschlandweit erhöhen und wollen Möglichkeiten prüfen, den Ländern mehr Möglichkeiten für landeseigene Sicherstellungsprogramme einzuräumen.

Sektorenübergreifende Versorgung wirtschaftlich tragfähig gestalten

Wir wollen eine wirtschaftliche Grundlage für sektorenübergreifende Versorger vor allem in dünn besiedelten Räumen schaffen, in denen die Wege zum nächsten Krankenhaus zu weit würden, gleichzeitig aber Auslastung oder Personal für ein tragfähiges Klinikkonzept nicht ausreichen. Dazu wollen wir deutschlandweit die "Poliklinik 2.0" etablieren, in der eine (teil-)stationäre Basisversorgung (mit Notfallversorgung und wenigen Betten) existiert, die über eine gute rettungsdienstliche Anbindung an größere Häuser verfügt und die zum Ankerpunkt der lokalen

ambulanten und ggf. pflegerischen Versorgung werden kann. Dazu sollen unter anderem Fallpauschalen für „heimatnahe Rückverlegung“, „Übernachtung nach ambulanter Operation“, „24h/48h-Beobachtung“ oder „Kurzzeitpflege“ eingeführt werden, die insbesondere in diesen Häusern eine heimatnahe Versorgung von leichten Fällen ermöglicht.

Landschwester einführen

Wir wollen die an den Hausarzt strukturell angeschlossene Landschwester einführen, um in allen Regionen auch für weniger mobile Menschen einen niedrighschwelligen Zugang zum Gesundheitssystem zu gewährleisten. Dazu werden wir die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit und der Kompetenzen von medizinischen Fachangestellten und Pflegefachkräften, die mit einem digitalen Endgerät verbindlich Rücksprache mit einem Arzt halten können, vorantreiben. Wir sorgen zudem für einen schnelleren Übergang von erprobten telemedizinischen Lösungsansätzen in die Regelversorgung.

Ende